

Pränumerationspreise:

Für Laibach (Sammt  
Zustellung in's Haus):

Ganzjährig . . fl. 5.—  
Halbjährig . . „ 2.50  
Vierteljährig . . „ 1.25  
Mit Postversendung:  
Ganzjährig . . fl. 6.—  
Halbjährig . . „ 3.—  
Vierteljährig . . „ 1.50  
Einzeln Nummern 5 fr.

# TRIGLAV

Zeitschrift für vaterländische Interessen.

(Erscheint Dienstag und Freitag.)

Manuskripte werden nicht zurückgesendet, anonyme Mittheilungen nicht berücksichtigt.

Insertionsgebühren:

Für die zweispaltige Perit-  
zeile oder deren Raum be-  
einmaliger Einschaltung  
6 fr., 2mal 8 fr., 3mal 10 fr.

Stempel jedesmal 30 fr.

Redaktion: Hauptplatz  
Nr. 313, III. Stod.

Administration eben-  
dasselbst in Dittomar Kler's  
Buchhandlung.

Jahrgang V.

Laibach, Freitag am 7. Jänner 1870.

Nr. 2.

## Die Deutschen in Oesterreich.

(Aus der Reform Schufelkas.)

Sein oder Nichtsein Oesterreichs hängt jetzt in verhängniß-  
vollster Weise von dem Thun und Lassen der Deutschösterreicher ab.  
Nicht als ob sie das Reich vor einer äußern Gefahr zu schützen,  
gegen einen fremden Feind zu vertheidigen hätten; nein, sie, die  
Deutschösterreicher selber bedrohen Oesterreich mit einer verderben-  
schwangeren Gefahr, sie schiden sich an, als schlimmster Feind des  
Reiches zu wirken. Die Deutschösterreicher, verführt und verblendet  
von falschen Rathgebern, aufgestachelt von Leuten, welche sich als  
Freunde Oesterreichs ausschreien, während sie im Herzen böse Feinde  
desselben sind, die Deutschösterreicher rüsten sich für einen Kampf,  
der nur den Feinden Oesterreichs einen Triumph bereiten kann, durch  
den sie, wenn sie siegen, eine lebensgefährliche Niederlage Oester-  
reichs herbeiführen werden.

Die Deutschösterreicher haben einen solchen unglücklichen Kampf  
schon einmal geführt, und ihr Sieg in demselben ist eine schwere  
Niederlage Oesterreichs, ja die Unterwerfung desselben unter das  
Königreich Ungarn gewesen. Die Deutschösterreicher haben damals  
Oesterreich preisgegeben, um das Februarpatent zu behalten; sie  
haben den außerordentlichen Reichsrath, der ein frei konstituierender  
hätte werden können und sollen, perhorresziert, und sind mit ihrem  
ordentlichen Reichsrath Ungarn gegenüber in eine erniedrigende  
Zwangslage gerathen. Die Deutschösterreicher haben aus der Erfah-  
rung nichts gelernt, und wenn sie vielleicht ihren abermaligen Irr-  
thum auch erkennen, so halten sie es doch für Schwäche, ihn zu  
bekennen und zu verbessern. Sie schwören nach wie vor auf das  
Evangelium der „Neuen freien Presse“ und scheinen nicht übel ge-  
willt zu sein, nach der despotischen Doktrin dieses Blattes die De-  
zemberverfassung mit Feuer und Schwert durchzuführen und so recht  
im Geiste Ferdinands II., der gesagt: „Lieber gar keine Unterthanen  
als ketzerische,“ nach dem Grundsatz zu handeln: „Lieber gar  
keine Reichsgenossen, als föderalistische und gar slavische.“

Womit rechtfertigen denn die Deutschösterreicher ihre buchstaben-  
gläubige Verfassungstreue, ihre ungerechte, unfeinsinnige, unkluge,  
völkerfeindliche Politik? Sie können doch gewiß nicht sagen, daß ihnen  
die Dezemberverfassung an und für sich sehr ans Herz gewachsen  
wäre. Sie sind mit dieser Verfassung selber nicht zufrieden; aber  
sie haben dieselbe nun einmal angenommen und halten es daher für  
ein Verbrechen, daß andere Völker nicht die demüthige Resignation  
besitzen, überhaupt jede Verfassung anzunehmen, die man ihnen gibt.  
Die Deutschösterreicher haben sich für die oktroirte Februarverfas-  
sung entusiastamirt und sie erziehen sich jetzt für die Dezemberver-  
fassung, obwohl ihnen diese gar von den Magyaren aufoktroirt  
worden ist. Die Deutschösterreicher, besonders die eigentlichen Ur-  
österreicher im Lande ob und unter der Enns, und namentlich die  
Wiener sind nun einmal so, und daher verlangen sie, daß alle an-  
dern Völker auch so sein sollen, wie sie denn überhaupt präntendiren,  
daß alle Völker sich in allem und jedem nach ihnen richten und nichts  
sein sollen, als ein Konterfei, ein Abklatsch des spezifischen Oester-  
reicher- und Wienerthums.

Durch das eigensinnige Festhalten an dem Februarpatente ist  
Oesterreich nicht zusammengehalten, sondern zerrissen worden. Genau  
dasselbe wird mit dem Reste Oesterreichs geschehen durch das eigen-

sinnige Festhalten an der Form und dem Buchstaben der Dezember-  
verfassung; ja es ist in der That bereits eingetreten, Zisleithanien  
ist schon zerrissen, es hält nur noch äußerlich zusammen, und ein  
einziges Stoß würde genügen, die Theile auseinander fallen zu  
machen. Das ist so evident, daß die Deutschösterreicher sich durch  
ihre dezembristische Politik wahrhaftig den Verdacht zuziehen, es sei  
ihnen an ihrem eigenen Werke eigentlich gar nichts mehr gelegen,  
sie würden den Zerfall desselben gar nicht ungern sehen. Unmöglich  
ist es, daß die deutsche Minorität die mächtig überwiegende nicht-  
deutsche Majorität, mit der sogar Deutsche, z. B. die Tiroler, sym-  
pathisiren, sich unterwerfen, sie dauernd beherrschen könnte. Wenn  
also die Deutschösterreicher sich diese Unmöglichkeit als Ziel setzen  
und dabei sagen, daß sie dadurch Oesterreich erhalten wollen, so  
provociren sie wahrhaftig den Verdacht einer entgegengesetzten Absicht.

Sie sagen auch: „Wir sind das fleißigste, reichste, gebildetste  
Volk Zisleithaniens, also müssen wir daselbst herrschen.“ Wenn man  
nun diesen Anspruch und seine Begründung auch gelten lassen wollte  
und dürfte, so springt es doch wahrlich in die Augen, daß die Deutsch-  
österreicher zur Realisirung dieses ihres Anspruches ein ganz schlechtes  
Mittel wählen, wenn sie durch die Dezemberverfassung über die an-  
deren Völker herrschen wollen.

Die Deutschösterreicher behaupten auch, um der Freiheit willen  
an der Dezemberverfassung festhalten zu müssen, denn der Föderal-  
ismus sei gleichbedeutend mit der Reaktion. Das ist nun schon  
durch die mit Ungarn abgeschlossene Föderation schlagend widerlegt.  
Hat etwa die konstitutionelle Freiheit durch die Anerkennung des  
ungarischen Staatsrechtes gelitten? Im Gegentheil, sie ist gerade  
erst in Folge dieses Ausgleiches einigermaßen lebendig geworden,  
während sie von der Gewaltpolitik, durch welche die Februarverfas-  
sung durchgeführt werden sollte, fast ganz unterdrückt war. Wie kann  
denn überhaupt in einem Staate, welcher der Mehrheit seiner Be-  
völkerung Gewalt anthut, von wahrer Freiheit die Rede sein?  
Oder geredet kann wohl von der Freiheit werden, thatsächlich aber  
bleibt sie an allen Ecken und Enden unterdrückt und gefesselt, sie  
herrscht im Prinzip, in der Theorie; im praktischen Leben aber ist  
sie beständig suspendirt. In einem solchen Staate sind selbst die  
privilegirten, die herrschenden Stände und Stämme nicht frei, so  
wenig als die Skavenhalter frei sind. Beide müssen beständig vor  
dem Sklaven zittern, welcher die Ketten bricht, und in dieser Furcht  
können sie ihrer eigenen Freiheit nicht froh werden. Und welcher  
wahrhaft freisinnige Mensch möchte sich auch einer Freiheit freuen  
welche auf die Knechtschaft anderer Menschen gegründet ist!

Die Deutschösterreicher lassen sich einreden und sprechen es nach  
daß sie an der Dezemberverfassung festhalten müßten, weil sie ohne  
dieselbe von den Slaven überwältigt werden würden. Wenn nun  
diese Furcht wirklich begründet wäre, so würde sie gerade durch die  
Dezemberverfassung in Erfüllung gehen, denn kraft derselben, wenn  
sie allgemein zur Geltung käme, würde die Gesetzgebung in die  
Hand der nichtdeutschen Majorität gelangen. Doch diese Furcht ist  
nicht nur nicht begründet, sondern sie ist geradezu eine Beschimpfung  
der deutschen Nationalität. Es ist eine Schande, wenn die Deutsch-  
österreicher den freien Wettkampf mit den anderen Nationalitäten  
fürchten. In einem wahrhaft freien, auf Grundlage wirklicher Gleich-  
berechtigung organisirten Oesterreich wird das Deutschthum wahrlich  
nichts verlieren, sondern vielmehr gewinnen, weil es nicht mehr den

Paß der anderen Nationalitäten gegen sich haben und dann bloß mit seinen friedlichen und freundlichen Bildungsmitteln wirken können wird. Auch die Deutschböhmen, um die man besonders besorgt ist, werden in einem selbständigen Königreich Böhmen, wenn sie dasselbe anerkennen, und sich als treue Söhne desselben benehmen, an ihrer Nationalität keinen Schaden leiden; vielmehr wird es den Slaven große Anstrengung kosten, sich der durch die Lebensverhältnisse herandrängenden Germanisirung zu erwehren.

## Gerechtigkeit für die Slaven.

Immer lauter werden die Stimmen, welche in der Fortdauer eines Giska-Herbsteischen Ministeriums Vergewaltigung der Slaven und daher Gefahr für das Reich selbst erblicken. Sehr entschieden spricht sich in dieser Richtung „Warren's Wochenschrift“ aus, und zwar folgendermaßen:

„Es ist nicht irgend eine persönliche Anhänglichkeit an die Minorität der Minister, welche uns deren Austritt beklagen läßt, wohl aber ist es eine Anhänglichkeit an ein von ihnen vertretenes Hauptprinzip, das wir für Oesterreich's Erhaltung als unumgänglich betrachten, und welches uns ihre Demission als ein verhängnisvolles Ereigniß erscheinen läßt. Diese drei Minister vertreten nämlich die Gleichberechtigung aller Nationalitäten, während die fünf Minister — das wird uns immer klarer durch die Ausführungen ihres Leitorgans — die Oberherrlichkeit des deutschen Stammes in Zisleithanien proklamieren wollen. Wenn die „Neue Fr. Presse“ es laut und unverhohlen ausspricht, daß die Deutschen in Oesterreich dazu berufen sind, dieselbe herrschende Rolle zu übernehmen, wie die Magyaren in Ungarn, daß die Slaven in den diesseitigen Ländern sich damit begnügen müssen, dieselbe Stellung einzunehmen, wie die Slovaken und Rumänen jenseits der Leitha, so glauben wir ein unzweifelhaftes Recht zu haben, hierin einen Gesinnungsausdruck der Ministermajorität zu erblicken. Nun aber sind die Deutschen diesseits der Leitha weder so regierungsfähig wie die Magyaren, noch sind die slavischen Stämme in dieser Reichshälfte dahin zu bringen, die ihnen angeonnene Helotenrolle zu übernehmen. Jenseits der Leitha hat es die Magnatentafel wagen dürfen, die Prügelstrafe zu dekretieren, mit der Bestimmung, daß sie auf andere und nicht auf sich selbst Anwendung finden solle. Sollen nun die Deutschen in dieser Reichshälfte ein solches Beispiel nachahmen dürfen, sich selbst zu Magnaten erklären, und die nichtdeutschen Stämme in derselben Weise traktieren, wie die adeligen Ungarn die Nichtadeligen dieses Landes behandeln möchten? Dieser Versuch würde ein schreckliches Ende nehmen, und den Samen des Unfriedens und des Bürgerkrieges über unser Land austreuen. Wir wollen es nicht gelten lassen, daß die Deutschen sich selbst als die alleinigen Träger aller Intelligenz proklamieren und kraft dieser vermeintlichen geistigen Ueberlegenheit den Hauptanteil an der politischen Macht für sich usurpiren. Der Wahlspruch: „Gleiches Recht für alle“ ist der Leitstern für unsere politischen Bestrebungen.

Wir gönnen den Deutschen alle diejenigen Rechte, welche ihnen gebühren, möchten aber den Slaven nicht der Rechte um ein Quentchen weniger zuthellen, als jenen. Uns ist es ein heiliger und unerschütterlicher Grundsatz, daß die Rechte der Staatsbürger deren unveräußerliches Eigenthum sind, ohne Rücksicht auf ihre Abstammung, daß der Städter nicht bevorzugt werde vor dem Landbewohner, daß eine Klasse sich nicht überheben dürfe über die andere. Wenn Verfassungstreue synonym ist mit der Lust zur Unterdrückung nichtdeutscher Stämme, so würden wir es für eine Schande halten, verfassungstreu genannt zu werden, so würde diese Benennung nicht allein einen Mangel an Gerechtigkeitsliebe und Billigkeit, sondern auch an politischer Intelligenz bekunden. Der Versuch, die Deutschen zu dem herrschenden Stamme in den diesseitigen Ländern zu machen, würde ihnen doch niemals dieses Herrscheramt in die Hand geben. Sie selbst sind billiger und gerechter, einsichtsvoller und klüger als ihre Leiter, und werden die Hand nicht nach dem gefährlichen Geschenk ausstrecken, mit welchem man sie verderben möchte. Aber der bloße Versuch den Rechten der Slaven zu nahe zu treten, würde einen Riß in dieses Reich bringen, welchen selbst die Nachfolger der jetzigen Minister unmöglich finden könnten, zu heilen.

Der Minister des Innern und der Minister der Justiz mögen sich an eine unmögliche Aufgabe wagen, und wenn sie ihnen mißlingt, mit einer reichlichen Pension die Ruhe des Privatlebens auf-

suchen. Aber während sie dann vergessen sind, würde sich die Leidenschaft der in ihren Rechten gekränkten Stämme gegen eine Macht wenden, die einen permanenten Charakter an sich trägt und die noch nach Menschenaltern die Folgen der Fehler erdulden müßte, welche man jetzt zu begehren im Begriffe ist. Wir beneiden die Staatsmänner nicht um ihre Einsicht und ihre Gewissensruhe, welche dem Monarchen den Rath geben möchten, als Bedrücker der slavischen Staatsbürger aufzutreten. Diejenigen stellen ein falsches Dilemma auf, welche sagen, daß entweder der deutsche oder der slavische Stamm in den diesseitigen Ländern herrschen müsse. Wer so redet, erklärt Oesterreich für lebensunfähig. Nur die volle Gerechtigkeit nach jeder Seite hin, nur das gleiche Recht der Nationalitäten vermögen es, die wahren Bürgschaften für den Bestand Oesterreichs zu liefern.“

So schreibt Warrens, kein Slovener, sondern ein deutscher wahrhaft liberaler Mann, der sich vom Glanze der ministeriellen Sonne nicht blenden läßt. Was sagen unsere „Verfassungstreuen“ dazu, welche das Ministerium zur Festhaltung an der so sehr verdammten Verfassung in Adressen auffordern?

## Zur Situation.

Im Subkomité des Abgeordnetenhauses kam dieser Tage der dalmatinische Aufstand zur Sprache. Die „Zuf.“ schreibt darüber:

Dem Berichterstatter wurde erst ein sehr spärliches Material geliefert. Indes auch das wenige Materiale soll hinreichen, darzutun, daß der Aufstand voraussichtlich schwerlich größere Dimensionen angenommen hätte, wenn die politischen Verwaltungsbehörden sich nicht Unzulänglichkeiten hätten zu Schulden kommen lassen. Von den Antworten des Dr. Giska auf die Interpellationen, mit denen er bald bekränzt wird, wird es abhängen, ob der Adressausschuß dem Hause empfehlen wird, den über einzelne Theile von Dalmatien verhängten Ausnahmezustand zur genehmigenden Kenntniß zu nehmen, oder ob ein solcher Antrag nicht etwa durch eine Resolution abgewacht werden wird, deren Sinn vielleicht in einem leise ausgesprochenen Tadelvotum gipfeln würde. Der Adressentwurf selbst ist bereits vollendet und soll sich streng an die Thronrede anlehnen und, wie diese, jedes stilistischen Schmuckes und Schwunges entbehren. Ueber den Inhalt des Adressentwurfes erhält das „Wiener Tagblatt“ nachfolgende Angaben: Betreffs der dalmatinischen Angelegenheit heißt es, die Adresskommission werde die ihr von der Regierung übergebene Denkschrift in reifliche Erwägung ziehen und hiernach ihre Ausräge stellen.

Zur Geschichte der Ministerkrise liegt heute kein neuer Beitrag vor. Der status quo wird zweifellos die Tage bis zu den Verathungen des Adressentwurfes im Abgeordnetenkreise ausfüllen, worauf eine definitive Entscheidung wohl eintreten muß. — Die Adresskommission unserer Pairskammer wird aller Wahrscheinlichkeit nach den Entwurf des Grafen Auersperg unverändert annehmen, während im Schoße des Ausschusses, der vom Abgeordnetenhause niedergesetzt wurde, weitgehende Debatten in Aussicht stehen. Wie den „Nár. L.“ telegrafirt wird, hatte Graf Spiegel eine für den böhmischen Ausgleich günstige Adresse ausgearbeitet und sollen diesem Ausgleich 70 Abgeordnete geneigt sein. — Die stattgefundene Ueberreichung der Adresse des sogenannten böhmischen Landtages meldet die „Abendpost“ folgend: „Se. k. und k. apost. Majestät haben gestern die Adresse des böhmischen Landtages (welche bekanntlich verfassungsfreundlich lautete) aus den Händen Sr. Durchlaucht des Oberstlandmarschalls Fürsten Auersperg huldvollst entgegenzunehmen geruht.“

Die Adressen, welche die obige hervorgerufen, kennzeichnet die „Presse“ also: Die „Fluth der verfassungsgetreuen Adressen“ verirrt wieder im Sande. Ihre Wirkung ist gleich Null. Wir können wenigstens aus keinem Symptome einnehmen, daß die politische Strömung in ein neues Bett gelenkt oder anderweitig geregelt worden wäre, wie man von diesen „großen Volksdemonstrationen“ zu erwarten fingerte. Wie viele „Adressbewegungen“ wurden nicht seit dem Amtsantritte des Hrn. v. Schmerling gesinnungstüchtig in Scene gesetzt und in dem Einreichungsprotokoll des Ministeriums gewissenhaft registriert, ohne daß dadurch der Gang der Ereignisse abgeändert worden wäre. Es braucht nur ein Ministeriell-Liberaler, einem halben Wink von oben verständnißfünnig entgegenkommend, im Gemeinderath seines Heimatsortes den Antrag auf ein energisches Vertrauensvotum an die „freisinnigen“ Männer der Regierung anzuregen, so pflichten ihm die anderen Väter der Stadt mit allgemeinem Rücken des Kopfes secundum ordinem pflichtschuldigst bei.

Der Aufstand in Dalmatien ist als beigelegt zu betrachten. So wenigstens lesen wir in allen Journalen, obschon Detail-

berichte darüber erst abzuwarten sind. Telegramme aus Risano vom 4. d. M. melden:

Die Generale Kobić und Auerberg empfangen Deputationen aus Krivošje und Pedenice mit Unterwerfungs-Erklärungen. Den unterworfenen Krivošjanern wurde der Salzbezug in Risano wieder gestattet. Es wird eine Amnestie für die Krivošjaner aus Wien erwartet. Oberst Simić verfügt über 60 in seinem Solde stehende Krivošjaner. Zwei bewaffnete Krivošjaner besorgen den Depeschendienst zwischen Risano und Dragalj, wohin am 15. d. Mts. ein neuer Verproviantungstransport abgeht.

## Tagesneuigkeiten.

— Am 27. Dezember fand in Klagenfurt die Generalversammlung des slovenischen politischen Vereines für Kärnten statt. Es fanden sich Mitglieder auch vom Lande und selbst aus den entlegensten Gegenden als Schwarzenbach, Arnoldstein, Unterdrauburg trotz der ungünstigsten Witterungsverhältnisse ein. In der Generalversammlung wurden die bei den Labors in Steiermark, Görz und Krain gefaßten Resolutionen als Wünsche der Kärntner-Slovenen akzeptirt und den eifrigsten Verfechtern der Einigungs-idee als den Herren Bošnjak, Herman, Zarnik, Tonkli, Žigon zc. zc. das vollste Vertrauen ausgesprochen. Andere Resolutionen betrafen die Einführung der slovenischen Amtssprache in den slovenischen Theilen des Landes, die Berücksichtigung der Slovenen bei der Ernennung von Schullinspektoren, die Berücksichtigung der slovenischen Literatur bei der Dotirung der Gymnasial-Bibliothek. Die Einführung der slovenischen Sprache im Amte vertheidigte Juri Kraut, ein Landmann, der bei seinen großen Bestigungen mit deutschamirenden Kanzeleien viel zu schaffen hatte und sich eine reichliche Erfahrung sammelte, mit einer solchen Beredsamkeit und Ueberzeugungskraft, daß die Slovenen stolz sein dürfen, solche Landleute als die ihrigen zu zählen. In den Ausschuß wurden gewählt: A. Poznik als Vorsitzender, F. Bigele, J. Sajnik, A. Wieser, A. Kofbacher als Ausschüsse und J. Kraut als Ersatzmann. („Politik.“)

— Der „Pos. z Prahy“ schreibt: Den 21. Dezember 1869 feierten die Prager Burschen (deutsche Studenten) die „Verfassung.“ Wollten zwar schon am 20. diesen feierlichen Akt vornehmen, unterließen es aber aus Furcht vor einem tschechischen Ueberfall. Am 21. fürchteten sie sich zwar noch, verkrochen sich aber auf die Sossinsel und ließen den Eingang durch die k. k. Polizei und „Spizel“ bewachen, um sich so vor eventuellen „Ueberfällen“ zu sichern. Der „Ueberfall“ von Seite der Tscheken kam zwar nicht, da zufällig in ganz Prag kein einziger Tscheke an die Burschen nicht einmal beim Schlafengehen denkt; er kam aber von einer andern Seite. K. k. Wachmänner verlangten für die Bewachung der Burschen von diesen eine Bezahlung. Lange wehrten sich die Burschen im deutschen Kasino, beweisend, daß eine Verfassungsregierung verpflichtet ist, ihre „Kämpfer“ zu vertheidigen. Es nützte aber nichts, sie entschlossen sich endlich und verehrten den Wachmännern, welche für ihre Sicherheit gesorgt hatten, soviel, daß auf jeden 7½ Kreuzer als Antheil kam. Freilich wimmelte es vor der Sossinsel von Wachmännern, aber das „Fest“ war „großartig.“ es waren daher jedenfalls mehr Burschen im Innern als Polizisten draußen. Nehmen wir an, daß auf jeden Wachmann nur zwei Burschen kommen, so beträgt der Werth eines jeden Burschen nach eigener Schätzung 3¼ Kreuzer, wobei freilich das ganze anwesende Prager Kasino sammt allen deutschen und juridischen Vereinen, welche alle die „Verfassung“ verherrlichen halfen, gar für ein „nichts“ und „umsonst“ zu zählen ist.

— Wie die „Wr. Ztg.“ meldet, hat der am 22. November v. J. in Wien verstorbene pensionirte Hofrath W. Frhr. von Pflügl-Lissiney 24.000 fl. zu dem Zwecke gewidmet, daß hievon den Statthaltern von Nieder- und Oberösterreich, Steiermark und Dalmatien, sowie den Landesherren von Kärnten und Krain jedem 4000 fl. mit der Bitte zuzustellen seien, diese Summe nach ihrem besten Wissen und Gewissen unter die wissenschaftlichen Lehr-, Unterrichts- und landwirthschaftlichen Institute, unter die Erziehungs-, Versorgungs-, Waisen-, Blinden- und Taubstummen-Anstalten und Spitäler in ihrem Verwaltungsbezirk zu vertheilen. Die Geldbeträge wurden bereits dem Minister des Innern übergeben und von diesem ihrer Bestimmung zugeführt.

— Die Verlegung der Regimenter in die Werbbezirke. Das Reichs-Kriegsministerium hat erklärt, dem Wunsche des oberöster-

reichischen Landesausschusses nicht entsprechen zu können. Den abschlägigen Bescheid begründet das Reichs-Kriegsministerium mit den geringen Geldmitteln, welche das Hinderniß zur Näherung der Truppen zu ihren Ergänzungsstationen bilden. — Merkwürdig!

— Dr. Brestel hat die Erklärung abgegeben, im Falle vom Abgeordnetenhaus die vom Budget-Gesäftsreferenten Dr. Banhaus vorgeschlagene Resolution, betreffend die eingelangten Petitionen wegen Aufhebung des Zeitungsstempels und der Inkeratensteuer angenommen werden sollte, ohneweiters in die Aufhebung des Zeitungsstempels einwilligen und einen bezüglichen Entwurf sofort einbringen zu wollen. In Betreff der Auflassung der Inkeratensteuer werde sich jedoch die Regierung unter allen Umständen ablehnend verhalten. Unterdessen werden die ungarischen Blätter in Zisleithanien wie ausländische behandelt, d. h. mit einem Kreuzerstempel versehen, was sie für Zisleithanien nicht billiger macht.

## lokales.

Laibach, 7. Jänner.

— (Er kommt spät, aber er kommt doch!) Wer? Der Tag, an dem sich der liberale Gemeinderath von Laibach nicht mehr blämt? Nein! Der liberale Gemeinderath von Laibach hat in seiner letzten Sitzung, die unverantwortlicher Weise nicht geheim war, das Beispiel der anderen „großdeutschen“ (!!!) Städte nachzuahmen beschlossen und hinfüß ihnen mit einer Adresse an das verfassungstreue Ministerium nach! Den Impuls zu diesem Streiche gab der Gemeinderath Malič — der Name bekundet seine urdeutsche Abstammung —, welcher in einer nicht geheimen Sitzung den Wunsch gebar, der Laibacher Gemeinderath möge die Minister zum Festhalten an einer Verfassung auffordern, die er, nämlich Herr Malič, wir wetten unsern Kopf darauf — nie gelesen, die er daher nur vom Hörensagen kennt und deshalb für gut halten mag, weil es im liberalen Gemeinderathe verpönt ist, sie nicht für gut zu halten oder weil sich die Mode derselben bemächtigt hat. Natürlich wurde der „Dringlichkeitsantrag“ sofort als solcher erkannt, denn bei der schwachen Konstitution dieser Verfassung konnte der Bote mit den 30 Siegeln den kräftigenden Trunk gerade in dem Momente bringen, wo die Verfassung in den letzten Zügen liegen würde. Dieser Anerkennung folgte der natürlich einstimmige Beschluß auf dem Fuße und so wird denn Laibach nochmals Gelegenheit haben, die Weisheit seiner Väter anzustauen, denn hoffentlich wird das interessante Schriftstück irgendwo zu lesen sein. Wir taxiren nach der „Presse“ den materiellen Werth solcher gemeinderäthlichen Launen nach dem Werth des Papiere, das sie bedecken und nach dem Preise, den der Kalligraf für seine Arbeit bekommt, während der künstlerische Werth und der Inhalt nur von der Hand des Kalligrafen abhängig sind. Ein slovenisches Sprichwort sagt: „Ein Frosch sah zu, wie man ein Pferd beschlug, und reichte ebenfalls seinen Fuß hin;“ der Lateiner hat für derlei Fälle eine weniger schmeichelhafte, aber desto kräftigere Bezeichnung. Wir haben erst kürzlich, bevor noch der denkwürdige Beschluß dem Kopfe unseres liberalen Gemeinderathes entsprang, die Ahnung ausgesprochen, daß die „Stadtväter“ unmöglich die günstige Gelegenheit sich würden entweichen lassen, sich nochmals in corpore — auszuzeichnen; wenn das Regiment derselben lange währt, können wir nach den bisherigen Erfahrungen noch ganz kuriose Dinge erleben. — Ueber diesen Akt wird aus Laibach der „Zuf.“ geschrieben: „Der hiesige befanntlich deutsche Gemeinderath beschloß heute die Absendung einer Adresse an das Ministerium im Sinne der Aufrechterhaltung der Verfassung. Wenn sich die Herren dieses Vergnügens als Privatpersonen gemacht haben, so kann man natürlich nichts dagegen haben. Sollten sie sich aber in ihrer Anmaßung so weit vergessen haben, die Adresse im Namen der Stadtbevölkerung, welche mit Ausnahme einiger k. k. Menschen slovenisch ist, abzuschicken, dann wird ein gebarnischter Protest oder ähnliches nicht ausbleiben.“ — Wir melden hiemit diesen Protest an.

— (Die Generalversammlung der Čitalnica) fand am 6. d. M. statt. Der Präsident Dr. Kleimeis eröffnete dieselbe mit einer Ansprache an die Versammelten, worin er der Thätigkeit dieses Vereines gedachte, aus dem alle übrigen nationalen Vereine sich gebildet haben. Zugleich erwähnte er rühmend des dramatischen Vereines, eines Sprößlings der Čitalnica, und sprach ihm den Dank aus für die ergiebigen Unterstützungen. Es wäre ein stetes

Anwachsen der Mitgliederzahl zu wünschen, namentlich in Laibach als Ersatz für die infolge Neubildung von Citalnien am Lande immer mehr abfallenden answärtigen Mitglieder. — Dem Berichte des Sekretärs Dr. Poklukar entnehmen wir, daß der Verein im Jahre 1869 251 hiesige und 52 auswärtige Mitglieder zählte, daß hiervon (wegen Befreiungen, Sterbefälle u. s. w.) 14 abgefallen, dagegen 17 neue zugewachsen sind, daher sich ein Plus von 3 Mitgliedern ergibt. Im abgelaufenen Jahre fanden 19 Unterhaltungen statt. — Der Bericht des Sekretärs brachte nichts wesentliches. — In den Ausschluß wurden gewählt die Herren: Dr. J. Bleiweis (Präsident), Andr. Kremžar (Kassier), Dr. E. H. Costa, Dr. J. Poklukar, Anton Jentl, J. Vilhar, Jof. Debevec, J. Jamšek, Dr. Leo Vončina, Karl Zagar, Dr. J. Zupanec, Dr. K. Bleiweis, E. Guttman, Fr. Ravnikar, J. Schwentner, Fabiani, M. Patič.

— (Landwirthschaftsgesellschaft.) In der Sonntag 2. d. M. abgehaltenen Ausschusssitzung kamen folgende wichtigere Gegenstände zur Sprache: Eine Zuschrift des Landespräsidiums, wornach das Ministerium vorläufig noch nicht daran denkt, das Forstgesetz umzuändern; doch wünscht es einige andere neuere Verfügungen eingeführt zu sehen, unter anderem auch eine größere forstwirthschaftliche Schule in Idria. Diese Zuschrift wurde dem Forstauschusse zur Berichterstattung zugewiesen. — Auf die Anfrage des Ackerbauministeriums betreffs der Arrondirung der Grundstücke hat Herr Schollmayr einen umfangreichen Bericht ausgearbeitet, welcher zur weiteren Berathung dem Ausschusse für allgemeine landwirthschaftliche Angelegenheiten übergeben wurde. — An das k. k. Ministerium für Landwirthschaft wurde eine Bittschrift um eine Staatsubvention zur Förderung der Pferdezucht eingereicht, weiters an die Filialvorstände das Ansuchen gestellt, die durch Staatsubvention auf das Land gegebenen und die prämiirten Stiere zu besichtigen, um dann über die Erfolge zu berichten; für die Umgebung Laibach haben sich die Herren Zevnik und Rasnik dieser Aufgabe unterzogen. — Weiters wurde der Beschluß gefaßt, verschiedene Seidenraupen für die Seidenzucht kommen zu lassen. — Die vom Landesausschusse erhaltenen 200 Exemplare des bekannten forstwirthschaftlichen Werkes in slovenischer Sprache („Anleitung, wie einzelne Besitzer und ganze Gemeinden mit dem Walde verfahren sollen“) werden den Filialen der Gesellschaft zugesandt werden behufs Vertheilung unter die Grundbesitzer, von denen zu erwarten ist, daß sie sich darnach richten werden. — Nach dem Wunsch des Präsidiums der vereinigten deutschen Gartenbaugesellschaften in Erfurt wurden Fachmänner gewählt, welche über Blüte, Reife u. s. w. der verschiedensten Bäume berichten sollen. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, durch die Laibacher Blätter die Dekonomen auf den russischen und holländischen Flachs aufmerksam zu machen, dessen Same von der Gesellschaft gekauft werden kann.

— (Die Landwirthschaftsgesellschaft) ladet die Herren Landwirthe, welche den vielbelobten russischen oder holländischen Leinsamen gegen Vergütung des Ankaufspreises zu beziehen wünschen, ein, sich ungesäumt an die Kanzlei des Zentralausschusses zu wenden und anzugeben, wieviel sie davon zu erhalten wünschen.

— (Blindenstiftung.) Mit Anfang des laufenden Jahres sind vier Plätze der Karl v. Flödnig'schen Blindenstiftung im Blindenerziehungsinstitute in Lienz erledigt. Auf diese Stiftung haben Anspruch arme, hilflose, in Krain geborene, insbesondere verwaiste, blinde, jedoch sonst gesunde und bildungsfähige Kinder beiderlei Geschlechtes, welche das siebente Jahr vollendet und das zwölfte nicht überschritten haben. Eltern und Vormünder, welche sich für ihre Kinder und Pflegebefohlenen um diese Stiftungsplätze bewerben wollen, haben ihre Besuche durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft und in der Stadt Laibach durch den Stadtmagistrat bis Ende Februar 1870 an die k. k. Landesregierung zu überreichen.

— (Die Brunndorfer-Affaire) ist nun durch den Richterspruch dahin erledigt, daß einige der „Uebelthäter,“ als deren Vertheidiger Dr. Costa fungirte, längere oder kürzere Arreststrafen treffen. Somit wäre die Sache erledigt zum größten Aerger des liberalen „Tagblatt,“ dessen Schweigen das beredteste Zeugniß abgibt, wie wenig befriedigt es durch das „unerwartete“ Resultat der Untersuchung und Schlußverhandlung ist; allein in uns steigen noch andere Gedanken auf, welche Formen von sehr entschiedenen Fragezeichen annehmen, ob denn der sogenannte „Scandal“ in Brunndorf überhaupt stattgefunden haben würde, wenn die k. k. Pajš's Schutzmannern hübsch

zu Hause geblieben wären. Nach der Auffassung der löbl. k. k. Staatsanwaltschaft wird übrigens ein begangenes Vergehen oder Verbrechen dem Delinquenten nochmals als Erschwerungsgrund angerechnet; in diesem Falle hob dieselbe als einen erschwerenden Umstand hervor, daß die Leute der Aufforderung der k. k. (unnöthigerweise anwesenden) Gensdarmrie, auseinanderzugehen, keine Folge geleistet, worin ja doch das „Verbrechen“ bestand. Wie würde man einen k. k. Staatsanwalt bewundern, wenn er beispielsweise bei einem Mörder als erschwerenden Umstand hervorheben würde, daß derselbe einen Menschen und nicht etwa eine Katze oder dgl. erschlagen? Hoffentlich wird die Omnipotenz der Gensdarmrie auch dem Fortschritte weichen.

— (Treffender Wit.) Dieser Tage fragte ein Fremder einen Bürger, wie er auf dem kürzesten Wege zum Magistrat käme. „Rufen Sie „Zivijo“, dann werden Sie schnell dort sein,“ war die ebenso richtige als für unsere Zustände bezeichnende Antwort.

Des vorhergegangenen h. Feiertages wegen ist die heutige Nummer erst Nachmittag erschienen.

### Marktpreise in Laibach, am 5. Jänner 1870.

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Megen . . .	4	90	Erbsen pr. Megen . . .	5	—
Korn „ „ . . .	3	—	Fisolen „ „ . . .	5	—
Gerste „ „ . . .	2	70	Rindfleisch pr. Pfd. . .	—	22
Haser „ „ . . .	1	90	Kalbfleisch „ „ . . .	—	24
Halbfrucht „ „ . . .	—	—	Schweinefleisch „ „ . . .	—	23
Heiden „ „ . . .	2	80	Schäpffenfleisch „ „ . . .	—	15
Hirse „ „ . . .	2	70	Heu pr. Zentner . . .	1	10
Rufurug „ „ . . .	—	—	Stroh „ „ . . .	—	75
Erbsen „ „ . . .	1	80	Holz, hartes, pr. Rst. . .	7	50
Linzen „ „ . . .	4	80	— weiches, 22“ „ . . .	5	30

### Telegrafische Wechselkurse vom 5. Jänner 1870.

5perz. Metalliques 60.80. — 5perz. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 60.60. — 5perz. National-Anlehen 70.75. — 1860er Staats-Anlehen 100.— — Bankaktien 751. — Kreditaktien 267.80. — London 123.35. — Silber 120.75. — K. k. Dukaten 5.81.

### Einladung zur Pränumeration

auf die in Wien erscheinende politische Wochenschrift

## „DER OSTEN“.

Mit dem 1. Jänner 1870 beginnt der „Osten“ seinen dritten Jahrgang. Er wird fortfahren, einzutreten für die Rechte der bedrückten Nationen dieß- wie jenseits der Leitha, und zu kämpfen gegen die Herrschaft des einen Volkes über die anderen. Unser Wahlpruch ist das wahre Oesterreichthum, welches allen Völkern gleiche Rechte gewährt und gleiche Pflichten auferlegt. — Der „Osten“ wird auch ferner ein Organ der mit uns verwandten Völker des benachbarten Orients bleiben, und die Selbständigkeitsbestrebungen derselben unterstützen. — Der „Osten“ hat die besten und verlässlichsten politischen Mittheilungen aus dem In- und Auslande. Mit seinen Berichten aus dem Oriente kann kein Blatt konkurriren. Ferner hat er einen vollständigen volkswirthschaftlichen Theil für den Geschäftsmann. Endlich erhalten die Abonnenten des „Osten“ regelmäßig jede Woche gratis das Wiener Sonntagsblatt, in welchem Novellen, Theater- und Kunstberichte, Gedichte, Räthsel und Charaden mit werthvollen Preisen für die gelungenste Auflösung, Anekdoten u. c. veröffentlicht werden. — Wer den „Osten“ abonniert, ist gerade so gut oder noch besser unterrichtet, als wenn er mehrere Wiener Tagesblätter abonniert hätte, und auch für seine Unterhaltung ist reichlich gesorgt. Dabei kostet der „Osten“ schon mit dem Wiener Sonntagsblatt und mit Postverendung und für ein ganzes Quartal bloß 1 fl. 50 kr. ö. W. — Auch Inserate finden in dem „Osten“, der eine Auflage von 6000 Exemplaren hat, sehr weite Verbreitung, weil es kein Wiener Blatt gibt, welches unter den slavischen, rumänischen und griechischen Völkern so verbreitet und akkreditirt ist wie der „Osten“. — Abonnements und Inserate sind an die unterzeichnete Administration zu richten. — Wien, im Dezember 1869.

Die Administration des „Osten“ in Wien.